

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

17. WP - 26. Sitzung

am Mittwoch, dem 1. Dezember 2010, 10 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Bernd Schröder (SPD)	Vorsitzender
Hans-Jörn Arp (CDU)	
Johannes Callsen (CDU)	
Hartmut Hamerich (CDU)	
Karsten Jasper (CDU)	
Ursula Sassen (CDU)	i. V. von Jens-Christian Magnussen
Olaf Schulze (SPD)	i. V. von Regina Poersch
Marion Sellier (SPD)	
Carsten-Peter Brodersen (FDP)	i. V. von Oliver Kumbartzky
Christopher Vogt (FDP)	
Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Björn Thoroë (DIE LINKE)	
Lars Harms (SSW)	

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der Innovationsstiftung Schleswig-Holstein 2009	4
Drucksache 17/797	
2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen (Tariftreuegesetz)	7
Gesetzentwurf der Fraktion des SSW Drucksache 17/39	
hierzu: Umdruck 17/587 (neu)	
3. Kooperationsverbot in der Bildungspolitik kippen, Schulen vereint stärken	8
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/500	
Änderungsantrag der Fraktion der SPD (selbstständig) Drucksache 17/555	
4. Landesverkehrswegeplan	9
Umdruck 17/1501	
5. Verweigerung der Wahrnehmung der Aufgaben als fahrerlaubnisrechtliche Fachaufsichtsbehörde durch das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	10
hierzu: Umdrucke 17/1096 und 17/1276	
6. Bundesratsinitiative zur Änderung der Konzessionsabgabenverordnung Gas	11
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/968	
hierzu: Umdruck 17/1552	
7. Auswirkungen des 11. und 12. Änderungsgesetzes zum Atomgesetz auf Schleswig-Holstein	12
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1020	
8. Verschiedenes	12

Der Vorsitzende, Abg. Schröder, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der Innovationsstiftung Schleswig-Holstein 2009

Drucksache 17/797

(überwiesen am 10. September 2010 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)

Die Vorstände der ISH, Herr Dr. Block und Herr Brumm, berichten im Rahmen einer Powerpoint-Präsentation über die laufende Arbeit der Stiftung. Ein Handout zu diesem Vortrag liegt den Ausschussmitgliedern mit Umdruck 17/1799 vor.

In der anschließenden Aussprache geht zunächst Abg. Dr. Tietze auf das Chart „Stiftungsprofessuren“ ein und stellt fest, dass Schleswig-Holstein mit knapp einem Prozent Stiftungsprofessuren das Schlusslicht in der Bundesrepublik bilde. Mit Blick auf die Entwicklung im Offshore-Bereich möchte er wissen, inwieweit die Stiftung ein Potenzial bei Stiftungsprofessuren „Wind“ sehe.

Vorstand Dr. Block weist darauf hin, dass die Stiftung drei Professoren mit eigenen Mitteln fördere und dass es zwei Stiftungsprofessuren gebe, für die man Mittel eingeworben habe. Das Problem sehe er auch nicht so sehr darin, einen Finanzier für diese Stiftungsprofessuren zu finden, sondern entscheidend sei immer die Frage der Nachhaltigkeit von solchen Professuren, das heiÙe, was nach Ablauf der Finanzierung mit der jeweiligen Professur geschehe.

M de Jager erklärt, die Frage, wie viele Stiftungsprofessuren es überhaupt in einem Bundesland gebe, hänge gerade mit diesem erwähnten Gesichtspunkt der „Nachhaltigkeit“ zusammen. Das Einsammeln von Beiträgen für die Arbeit von Stiftungsprofessuren geschehe überwiegend über Unternehmen, die nicht zum „großen Mittelstand“ gehörten. Ferner sei bei der Frage der Zahl der Stiftungsprofessuren zu berücksichtigen, dass die schleswig-holsteinische Hochschullandschaft wegen des Fehlens einer Technischen Universität verhältnismäßig wenig Technik-Grundlagenforschung auf hohem Niveau habe. Weil darüber hinaus Stiftungsprofessuren in der Regel eine „Laufzeit“ von drei bis fünf Jahren hätten, stelle sich dann eben - wie bereits von Herrn Dr. Block erwähnt - die Frage, ob die Professuren aus weiteren Stif-

tungsmitteln unterstützt werden könnten oder ob die Finanzierung aus dem laufenden Budget der jeweiligen Hochschule aufzubringen sei.

Vorstand Brumm bestätigt die Aussage von M de Jager, dass das Thema Grundlagenforschung in Schleswig-Holstein nicht so verankert sei, weil dies mehr an den Technischen Hochschulen eine Rolle spiele. Er verweist sodann auf eine Frage von Abg. Thoroe darauf, dass die E.ON Hanse AG bekanntlich 22 Millionen/23 Millionen € vom Stiftungskapital trage und dass E.ON Hanse bei ihren Aktivitäten im Stiftungsrat ebenso wie alle anderen Stiftungsratsmitglieder rein nach fachlichen Gesichtspunkten über Förderungen entscheide und mitnichten quasi Werbekampagnen initiere. Er würde es sehr bedauern, wenn - wie im Doppelhaushalt 2011/2012 vorgesehen - das Stiftungskapital seitens des Landes und damit insgesamt die hier gegebenen Fördermöglichkeiten in Zukunft nicht mehr bestehen würden.

Abg. Harms möchte wissen, was der Ausstieg des Landes aus der ISH für die Stiftung bedeuten würde. - Vorstand Dr. Block erwidert, dass dann, wenn es zu dieser Ausstiegslösung komme, nur noch das Stiftungskapital aus dem Bereich der Energiewirtschaft verbleibe. Dabei könne er es sich nicht vorstellen, dass zukünftig außerhalb des Bereichs Klimaschutz und Energietechnik Fördermöglichkeiten bestünden. Alle Tätigkeiten der Stiftung im Bereich von „Nichtenergiethemen“ werde man dann nicht mehr unterstützen können. - Vorstand Brumm betont, dass die E.ON Hanse ihre Stiftungstätigkeit gern fortsetzen würde, dass man aber dann, wenn es seitens des Landes einen Auflösungsbeschluss gebe, zunächst feststellen müsse, wie viel Kapital noch zur Verfügung stehe. Eine Stiftung, die nur von Zinserträgen lebe, könne ihre Arbeit nicht mehr wirkungsvoll erfüllen. Es werde dann mit Sicherheit eine Beschränkung rein auf Energie- und Klimaschutzthemen geben.

Der Vorsitzende, Abg. Schröder, regt eine Befassung des Ausschusses mit der Fortführung der Arbeiten der ISH, über in diesem Zusammenhang diskutierte Konzepte und die gegebenenfalls konkrete Abwicklung an.

M de Jager betont, dass es bei der Frage der Zukunft der Innovationsstiftung keinesfalls darum gehe, dass die Landesregierung quasi den Stab über die inhaltliche Arbeit der ISH gebrochen habe. Es gehe vielmehr um die Frage, ob die Struktur der Stiftung und der Kapitalaufwand für diese Struktur tatsächlich angemessen seien in einer Zeit, in der auch viele andere Bereiche unter erheblichem finanziellen Druck stünden. Er gehe davon aus, dass mit Sicherheit eine Antwort gefunden werden könne, die in weiten Teilen eine Fortführung der Arbeit, wenn dann auch unter einem anderen Namensschild, ermöglichen werde. - Abg. Dr. Tietze thematisiert in diesem Zusammenhang eine Vernetzung der Fragestellungen zur Stiftungsuniversität Lübeck, dem Wissenschaftsstandort Flensburg und der Fortführung der Arbeiten der

ISH. - Abg. Harms kündigt eine Initiative seiner Fraktion dazu an, wie der Aufstieg des Landes aus der ISH verhindert werden könne. Für das im Wirtschaftsausschuss in Aussicht genommene Gespräch über das Thema „Auflösung der Stiftung“ nennt er als einen Merkpunkt die Zukunft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung.

Der Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der Innovationsstiftung 2009, Drucksache 17/797, wird von den Ausschussmitgliedern abschließend zur Kenntnis genommen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen (Tariftreuegesetz)

Gesetzentwurf der Fraktion des SSW
Drucksache 17/39

hierzu: Umdruck 17/587 (neu)

Vor dem Hintergrund der in der Sitzung am 22. September 2010 geführten Diskussion über den Gesetzentwurf der Fraktion des SSW, einen Gesetzentwurf der SPD, einen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE und der Ankündigung der Landesregierung, ein Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz demnächst vorlegen zu wollen, und an dieser Stelle ohne weitere vertiefte Diskussion stimmen die Ausschussmitglieder auf Antrag des SSW zunächst über den Änderungsantrag Umdruck 17/587 (neu) ab. Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD und der LINKEN wird der Änderungsantrag Umdruck 17/587 (neu) abgelehnt. Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und DIE LINKE, dem Landtag die Ablehnung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/39 vorzuschlagen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Kooperationsverbot in der Bildungspolitik kippen, Schulen vereint stärken

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/500

Änderungsantrag der Fraktion der SPD (selbstständig)
Drucksache 17/555

(überwiesen am 21. Mai 2010 an den **Bildungsausschuss** und den **Wirtschaftsausschuss**)

Nach Mitteilung durch den Vorsitzenden, Abg. Schröder, dass der federführende Bildungsausschuss das Bestreben habe, in seiner morgigen Sitzung zu den Anträgen Drucksachen 17/500 und 17/555 einen interfraktionell getragenen Antrag zu formulieren, legt der beteiligte Wirtschaftsausschuss die Beschlussempfehlung in die Hand des federführenden Ausschusses.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Landesverkehrswegeplan

Umdruck 17/1501

Ohne weitere vertiefte Aussprache nimmt der Ausschuss die Vorlage Umdruck 17/1501 zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verweigerung der Wahrnehmung der Aufgaben als fahrerlaubnisrechtliche Fachaufsichtsbehörde durch das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

(auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 17/1351)

hierzu: Umdrucke 17/1096 und 17/1276

Auf der Grundlage des den Ausschussmitgliedern mit den Umdrucken 17/1096 und 17/1276 vorliegenden Schriftwechsels zwischen dem ULD und dem MWV nehmen die Ausschussmitglieder den Inhalt der diesbezüglich nach wie vor kontrovers gebliebenen Standpunkte zur Kenntnis. Die kurze Aussprache seitens der Ausschussmitglieder zu den nach wie vor bestehenden entgegengesetzten rechtlichen Argumentationslinien fasst der Vorsitzende, Abg. Schröder, nach den vorgetragenen Meinungsäußerungen dahingehend zusammen, dass sich der Ausschuss nicht als Schlichtungsstelle bei Auseinandersetzungen zwischen Landesbehörden verstehe, dass Unverständnis darüber herrsche, dass sich das ULD und der MWV offensichtlich nicht einigen könnten und dass man an die Beteiligten appelliere, einen zielführenden Lösungsweg zu finden und diesen dann auch zu beschreiten.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Bundratsinitiative zur Änderung der Konzessionsabgabenverordnung
Gas**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/968

(überwiesen am 18. November 2010)

hierzu: Umdruck 17/1552

Nach kurzer Aussprache verständigen sich die Ausschussmitglieder auf die Durchführung einer schriftlichen Anhörung zu der Vorlage, die gegebenenfalls durch eine schwerpunktmäßige mündliche Anhörung ergänzt werden soll. Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen werden Vorschläge zum Kreis der Teilnehmer an der Anhörung bis zum 10. Dezember d. J. an die Geschäftsführung des Ausschusses geben. Als Termin für die Abgabe der schriftlichen Stellungnahmen wird Ende Januar 2011 festgelegt.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Auswirkungen des 11. und 12. Änderungsgesetzes zum Atomgesetz auf Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1020

(überwiesen am 18. November 2010 zur abschließenden Beratung)

M Schmalfuß verweist einleitend auf die im Bericht der Landesregierung gemachten Ausführungen und erklärt, dass er diese hier mündlich nicht wiederholen wolle, sondern gern auf Fragen der Ausschussmitglieder antworten werde.

Abg. Schulze spricht die Themen Laufzeitverlängerung für AKWs und Lagerung des Atom- mülls an. Bekanntlich würden nach herrschender Meinung die Zwischenlager an den AKWs nicht ausreichen, um den dann jeweils bei den Atommeilern anfallenden Müll aufzunehmen. Er fragt nach den sich für M Schmalfuß hieraus ergebenden Konsequenzen.

M Schmalfuß erklärt, es sei zutreffend, dass die Zwischenlager nicht ausreichten, wenn die Laufzeiten für die AKWs so verlängert würden, wie dies jetzt beschlossen worden sei. Jedoch sei hier eine Differenzierung geboten.

AL Dr. Cloosters führt zunächst zum AKW Krümmel aus, dass nach den bisherigen Berechnungen auf dem Stand des bisherigen Brennelementeansatzes davon ausgegangen werden müsse, dass die Lagerkapazitäten nicht ausreichen würden. Hier gehe man davon aus, dass von den 14 Jahren Laufzeitverlängerung etwa sieben Jahre abgedeckt werden könnten. Bei Brokdorf seien das drei Jahre. Beim AKW Brunsbüttel würden die Lagerkapazitäten nach den Berechnungen der Aufsichtsbehörde ausreichen. Seitens der AKW-Betreiber gebe es allerdings auch andere Berechnungen, die zu dem Ergebnis führten, dass die Zwischenlager jeweils ausreichten. Den Berechnungen der Betreiber lägen dabei als Entscheidungsparameter die genehmigten Mengen Castor-Behälter zugrunde. Danach dürften jeweils 80 Castoren in Krümmel und in Brunsbüttel eingelagert werden sowie 100 in Brokdorf. Neben diesem Entscheidungsparameter „genehmigte Castoren“ gebe es aber noch die Schwermetallmenge, die Wärmeentwicklung und letztlich das Aktivitätsinventar als limitierende Faktoren. Der AKW-Betreiber in Krümmel habe sich darüber hinaus Gedanken gemacht, ob er den Brennelementeeinsatz etwa durch den Einsatz höher angereicherter Brennelemente optimieren könne, was dann zur Folge hätte, dass Brennelemente länger eingesetzt werden könnten und somit die

Anzahl der einzulagernden Brennelemente verringert würde. Insofern sei aus Sicht der Atom-
aufsichtsbehörde das Problem der Zwischenlagerung im Moment kein aktuelles und sei auch
für die Restlaufzeiten der AKWs in Schleswig-Holstein, wie sie ursprünglich nach der Atom-
gesetznovelle 2002 vorgesehen worden seien, kein aktuell anstehendes Problem.

Der Ausschuss nimmt den Bericht Drucksache 17/1020 abschließend zur Kenntnis.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Schröder, schließt die Sitzung um 11:50 Uhr.

gez. Bernd Schröder

Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer